

II-3047 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1539 J

1985 -07- 1 2

A N F R A G E

der Abgeordneten Vonwald
und Kollegen
an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz
betreffend Stellungnahme zum vorwahllosen Notruf 144 im Gerichtsbezirk Neulengbach

Im Gerichtsbezirk Neulengbach wurde die Einheitskurzruf-("EKR") Eichrichtung 144 zum ASBÖ betreffend die Gemeinden Altlangbach, Innermanzing und Laaben geschaltet. Nach dem niederösterreichischen Gemeinderettungsdienstgesetz (LGBl.Nr. 9430-o) fällt die Organisation des Rettungsdienstes in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinden, sodaß die Bürgermeister der jeweiligen Gemeinden zu bestimmen haben, welcher Rettungsorganisation sie sich bedienen.

Im gegenständlichen Fall hat sich nur der Bürgermeister von Altlangbach dafür ausgesprochen, daß der ASBÖ Altlangbach den vorwahllosen Notruf erhalten soll. Dagegen traten die Bürgermeister von Brand-Laaben und von Neustift-Innermanzing für eine Zuteilung des Notrufs 144 an das Rote Kreuz Neulengbach ein, da das Rote Kreuz bereits seit über 25 Jahren den Gerichtsbezirk Neulengbach betreut und mit seinen rund 80 freiwilligen Helfern sowie mit 6 Krankenwagen ständig einsatzbereit ist. Dagegen liegt die technische und personelle Ausrüstung des ASBÖ Altlangbach weit hinter dem Roten Kreuz zurück. Überdies ist das Rote Kreuz die Ärztefunkleitstelle für den Gerichtsbezirk Neulengbach und damit auch für die Ärzte des Laabentales.

Trotz dieser Fakten, die eindeutig für die Zuteilung der Notrufnummer 144 an das Rote Kreuz sprechen, hat sich das Gesundheitsministerium in einem Schreiben vom 31.5.1985 an die

General-Postdirektion für die Zuteilung der Einheitskurzrufnummer 144 an die Rettungsstelle Altlangbach ausgesprochen. Anstatt sich von dem im Rettungswesen wichtigsten Kriterium der ständigen Einsatzbereitschaft leiten zu lassen, soll für das Gesundheitsministerium für die Zuordnung der Notrufnummer die kilometermäßige Entfernung ausschlaggebend gewesen sein.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz folgende

A n f r a g e :

- 1) Von welchen Kriterien ist das Gesundheitsministerium in seiner Stellungnahme an die General-Postdirektion, in der es sich für die Zuteilung der Einheitskurzrufnummer 144 an den ASBÖ Altlangbach ausspricht, ausgegangen?
- 2) Ist durch die Zuordnung der Notrufnummer an den ASBÖ Altlangbach die ständige Einsatzbereitschaft angesichts des Umstandes, daß die technische und personelle Ausrüstung des ASBÖ weit hinter dem Roten Kreuz zurückliegt und das Rote Kreuz die Ärzteklinikstelle ist, gesichert?
- 3) Werden Sie aufgrund der überwiegenden Argumente, die für die Zuordnung der Notrufnummer an das Rote Kreuz Neulengbach sprechen, im Interesse einer optimalen Hilfeleistung für die Bevölkerung auf eine Änderung der Zuordnung der Notrufnummer hinwirken?